

Evangelische Verantwortung



2. Ökumenischer Kirchentag

Hoffungskraft für das Christsein
in der offenen Gesellschaft

Alois Glück,
Katholischer Präsident des 2. ÖKT *Seite 3*

„Damit Ihr Hoffnung habt“

Dr. Ellen Ueberschär,
Generalsekretärin des Deutschen
Evangelischen Kirchentages *Seite 5*

- 7** *Homosexualität und Evangelische Kirche*
- 13** *Evangelisches Leserforum*
- 15** *Aus unserer Arbeit*

Liebe Leserin, lieber Leser,



Es ist zu begrüßen, dass das viel zu lange verdrängte Thema des Missbrauchs nun offen und ehrlich diskutiert wird. Die konkret Betroffenen selbst sollten dabei aber immer im Zentrum stehen.

dort geschehen können, wo die besonderen Obhuts- und Betreuungspflichten gegenüber den anvertrauten Kindern oder Jugendlichen, sei es nun von Seiten einzelner oder mehrerer, in verbrecherischer Weise missbraucht werden.

Umso befremdlicher mutet es derzeit an, wenn in der medialen Öffentlichkeit zunehmend ideologisch motivierte Pauschalurteilungen vorgenommen werden. Die Behauptung mancher, die römisch-katholischen Kirche trüge selbst bereits den Keim solcher Missbräuchlichkeit in sich, ist genauso infam und der Sache unangemessen wie etwa die Äußerung des hessischen FDP-Vorsitzenden Jörg Uwe Hahn, „Rot-Grün“ hätte in den 80er und 90er Jahren ein „Klima geschaffen, das erst den Boden für solche Vorkommnisse bereitet hat.“ Die Tatsache, dass momentan die unglaublichsten Schuldzuweisungen und Geschmacklosigkeiten auf allen möglichen Seiten kursieren, ist indes ein Indikator für einen weiteren Skandal: Auf den Rücken der Opfer beginnen nun nicht wenige Akteure ihr eigenes ideologisches Süppchen zu kochen. Die Bedürfnisse der wirklich Leidtragenden drohen demgegenüber ins Abseits gedrängt zu werden.

Mit Sorge muss man sehen, dass die beschriebenen Missbrauchsfälle doch zu einem deutlichen Vertrauensverlust in die

seit Wochen erschüttern uns immer wieder neue Nachrichten über **Fälle von Kindesmissbrauch**. Es ist erschreckend, in welcher großen Zahl auch kirchliche Einrichtungen davon betroffen sind. Die heftigen Debatten und Diskussionen um die Missbrauchsskandale vor allem im römisch-katholischen Raum sollten jedoch nicht von der bitteren Erkenntnis ablenken, dass sich auch im evangelischen Bereich sowie in vielen anderen, nichtkirchlichen und „säkularen“ Institutionen vergleichbar Schlimmes abgespielt hat. Nicht zuletzt das Beispiel der Odenwaldschule zeigt, dass es sich hierbei um Vorfälle handelt, die überall

Institutionen und in die Kirchen geführt haben. Dieser Vertrauensverlust muss glasklar aufgearbeitet werden und das verloren gegangene Vertrauen wieder gewonnen werden. Es ist zu begrüßen, dass dieses viel zu lange verdrängte Thema nun offen und ehrlich diskutiert wird. **Die konkret vom Missbrauch Betroffenen selbst sollten dabei aber immer im Zentrum stehen** und den Maßstab für unser Reden und Handeln bilden. Hierzu gehören in erster Linie die Fürsorgepflicht für die Missbrauchsoffer, eine schonungslose Aufarbeitung aller Fälle in den betroffenen Einrichtungen, deren möglichst konsequente Verfolgung und Ahndung sowie das Ersinnen von praktikablen Hilfen und Präventivmaßnahmen im Sinne eines auch künftig zu verbessernden Opferschutzes.

Vor kurzem haben wir zwei bedeutsame Jubiläen gefeiert, nämlich den **80. Geburtstag von Altbundeskanzler Dr. Helmut Kohl** und den **90. Geburtstag von Altbundespräsident Dr. Richard v. Weizsäcker**. Unzählig und vielfältig sind die Verdienste dieser herausragenden und wegweisenden Gestalten der Union für die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Es zeigt sich gerade auch bei diesen beiden so unterschiedlichen Politikern, der eine Katholik, der andere Protestant, wieder deutlich das Wesen der Union als großer Volkspartei: Die Union, ihrem Namen treu, hat es in ihrer Geschichte immer wieder verstanden, nach außen wie nach innen, zu integrieren und zusammenzuführen. Der EAK dankt Helmut Kohl und Richard v. Weizsäcker für ihre politische Lebensleistung und wünscht ihnen für ihr neu begonnenes Lebensjahrzehnt alles Gute und Gottes reichen Segen.

Als Union stehen wir bis auf den heutigen Tag für die erfolgreiche interkonfessionelle Zusammenarbeit in der Politik. Auf dem nun bevorstehenden **2. Ökumenischen Kirchentag in München** wollen wir uns gemeinsam erneut darauf besinnen, wie wichtig es ist, dass auch unsere Kirchen bei ihrem gesellschaftspolitischen und öffentlichen Engagement, trotz ihrer theologisch begründeten Unterschiede, so viel wie möglich zusammenarbeiten.

Gottes Segen!

Ihr

Thomas Rachel MdB
Bundesvorsitzender des EAK der CDU/CSU

Inhaltsübersicht

- 2 Editorial
- 3 Hoffnungskraft für das Christsein in der offenen Gesellschaft
- 5 „Damit Ihr Hoffnung habt“
- 7 Standpunkte: Homosexualität und Evangelische Kirche
- 10 Einladung zur 47. EAK-Bundestagung
- 14 Einladung 2. Ökumenischer Kirchentag



Hoffnungskraft für das Christsein in der offenen Gesellschaft

| Alois Glück

„Damit Ihr Hoffnung habt“ – so lautet das Leitwort, mit dem wir den 2. Ökumenischen Kirchentag überschrieben haben, den wir zwischen dem 12. und 16. Mai 2010 in München veranstalten werden. „Damit ihr Hoffnung habt“ ist eine dem Neuen Testament, genauer dem 1. Petrusbrief (vgl. 1 Petr 1,21) entlehnte Formulierung. Als Christen haben wir eine Hoffnung, die über irdische Kategorien hinaus weist, wir nennen es eine „Frohe Botschaft“, von der wir sprechen, zu der wir uns bekennen, für die wir auch andere begeistern wollen. Sehr konkret und wo immer wir stehen, wollen wir mit dazu beizutragen, dass Menschen ihre Hoffnung nicht verlieren, sei es in materieller oder in existenzieller Hinsicht. „Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Menschen von heute, insbesondere der Armen und Bedrängten aller Art, sind auch Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Jünger Christi“ – diese berühmten Anfangsworte eines der bedeutendsten Texte des II. Vatikanischen Konzils verpflichten uns. Wir können nicht glaubwürdig Christen sein, ohne in unserer Gesellschaft für mehr

Menschlichkeit, für gerechtere Strukturen, für eine gerechtere Wirtschaftsordnung und eine bessere Politik einzutreten.

Die Finanzkrise hat uns neu vor Augen geführt, wie gefährdet Solidarität und Gerechtigkeit sein können, obwohl sie doch unbestritten zu den Leitwerten unserer Gesellschaft gezählt werden. Der wirtschaftliche Ruin einiger Banken hat eine weltumspannende Krise ausgelöst, deren Folgen bis heute nicht überwunden sind und die uns noch lange beschäftigen werden. Wie sehr uns dies auch als Christen beschäftigt, zeigt das Programm des 2. Ökumenischen Kirchentages (www.oekt.de). So gehen wir in einer eigenen Vortragsreihe dreimal der Frage nach, welche Wege aus der Krise führen und welche Verantwortung dabei welchen Akteuren zukommt. „Welche Aufgaben hat der Staat?“ „Welche Kraft hat die Gesellschaft?“ „Welche Verantwortung hat die Wirtschaft?“ Wenn wir diese dreifache Frage unter die Generalüberschrift „Aus den Krisen in die Zukunft“ stellen, wollen wir damit deutlich machen, dass wir uns an der Suche

nach Lösungsmöglichkeiten beteiligen wollen. Kompetente und interessante Referentinnen und Referenten sind dabei, beispielsweise Professor Richard Schröder, Professor Heinz Bude oder Erzbischof Reinhard Marx.

Besonders wichtig ist es uns, dass Frau Bundeskanzlerin Merkel unserer Einladung gefolgt ist, am Freitag während des Ökumenischen Kirchentages an einer Podiumsveranstaltung mitzuwirken, bei der wir der Frage nachgehen wollen, ob es in diesen Zeiten der Verunsicherung eine Formel für den gesellschaftlichen Zusammenhalt gibt.

An verschiedenen Stellen fragen wir, ob die derzeitige Krise auch die Krise der Sozialen Marktwirtschaft ist. Wenn nicht, wäre zu beweisen, ob dieses über Jahrzehnte so erfolgreiche Modell einer Wirtschafts- und Sozialordnung das Potential hat, in der Krise nicht nur zu bestehen, sondern in ihrer Bewältigung auch das Humanum stets im Blick zu behalten. Der Blick auf einige weitere Veranstaltungstitel – „Christen und Kirchen in der globalen

Krise“, „Auswirkungen der Finanzkrise auf Entwicklungsländer“, „Die Klima- und Entwicklungskrise bewältigen – die Verantwortung Deutschlands in einer globalisierten Welt“ – zeigt: wir Christen verstehen uns nicht als Zuschauer, die mit verschränkten Armen vom Balkon aus mit ansehen, was „die Politiker“ da so treiben, sondern wir wollen uns aktiv in das politische und gesellschaftliche Geschehen einbringen. Wir nehmen unsere Verantwortung wahr – das ist die „Kernbotschaft“ des Ökumenischen Kirchentages.

Immmer wichtiger wird angesichts der Bedeutung des Islam in Deutschland, in Europa und weltweit auch der Dialog mit dem Islam. Schon seit langem befassen sich Katholikentage und Evangelische Kirchentage intensiv mit Fragen wie: Wie viel wissen wir über den Islam? Sind wir in der Lage, unsere eigenen Positionen klar zu formulieren und reichen unsere Kenntnisse über den Islam, um überhaupt in ein Gespräch, in einen Dialog oder auch in eine kontroverse Diskussion einzutreten? Wie kann Integration gelingen? Was sind ihre unverzichtbaren Voraussetzungen? Und welche Wege führen zu einem erfolgreichen, gelingenden Miteinander? In einem eigenen Zentrum suchen wir nach spezifischen Zugängen zu den sich stellenden Fragen. Es geht uns nicht um eine Wiederholung all jener Debatten und Diskussionen, die tagaus und tagein in Talkshows, politischen Bildungseinrichtungen oder Akademien geführt werden. Unser Spezifikum besteht darin, dass wir dieses Gespräch aus unserer christlichen Perspektive heraus suchen und führen wollen, weil wir davon überzeugt sind, dass wir über Konfessionsgrenzen hinweg, vor dem Hintergrund unseres christlichen Bekenntnisses einen eigenständigen und unverzichtbaren Beitrag leisten können.

Christen müssen an der Seite der Schwachen stehen. Hier darf es für uns keine Grenzen geben. Im Programm des Ökumenischen Kirchentages wird es ein großes Zentrum „Eine Welt“ geben. In der Technischen Universität München werden über 40 Veranstaltungen dem Ringen nach weltweiter Solidarität und Gerechtigkeit gewidmet sein. Dabei steht die Handelspolitik der EU ebenso auf dem Prüfstand wie die Arbeit kirchlicher, internationaler Partnerschaften oder die Rolle der Kirchen in Konflikten, in der Entwicklungs- und der Katastrophenhilfe. Auch die Verbindung zwischen weltweiter Gerechtigkeit und weltweiter Umweltzerstörung wird in München zur Sprache kommen. Wir blicken aber auch kritisch in unser eigenes Land. Deshalb hat sich das Gemeinsame Präsidium entschlossen, in

der Münchener Innenstadt ein eigenes Zentrum „Soziale Arbeit und Soziale Netzwerke“ einzurichten, mitgetragen von vielen großen und kleinen sozial-caritativen Einrichtungen und Verbänden unserer Kirchen. Kann es wirklich sein, dass Menschen drei Jobs brauchen zum Überleben? Was hat Bildungsgerechtigkeit mit Armutsprävention zu tun? Was können wir beitragen zur beruflichen Integration von Menschen mit Handicaps? Wie können wir Menschen beistehen, die arm sind, suchtkrank, ohne festen Wohnsitz, psychisch krank, die als sogenannte Illegale bei uns leben, die Rat suchen in verschiedenen Krisensituationen des Lebens? Themenstellungen wollen wir uns gemeinsam mit Betroffenen und Fachleuten stellen.

Ein anderes großes Anliegen, bei dem wir beide, der Deutsche Evangelische Kirchentag und das Zentralkomitee der deutschen Katholiken, auf langjährige Erfahrungen zurück blicken können, ist der Dialog mit dem Judentum. Schon in die sechziger Jahre des letzten Jahrhunderts zurück reicht der Gesprächsfaden, den engagierte Christen auf Kirchen- wie Katholikentagen mit den in Deutschland lebenden Juden gesponnen haben. Er durchzieht seitdem ununterbrochen die Geschichte unserer Organisationen und Veranstaltungen. Wie stabil dieser Kontakt inzwischen ist, haben wir katholischerseits mit großer Dankbarkeit vor knapp zwei Jahren erfahren dürfen, als das katholisch-jüdische Verhältnis plötzlich unter ganz erheblichen Spannungen stand. Wir hatten als Zentralkomitee der deutschen Katholiken daran keinen Anteil, ganz im Gegenteil. Dennoch stand zu befürchten, dass dieses geschwisterliche Gespräch unmittelbar vor dem Osnabrücker Katholikentag, wenn nicht beendet, so doch zumindest ausgesetzt werden würde. Es war deshalb ein weit über den Augenblick hinaus reichendes bewegendes Ereignis, als es während der christlich-jüdischen Gemeinschaftsfeier in Osnabrück 2008 zu einer herzlichen Versöhnungsgeste durch Erzbischof Zollitsch und Landesrabbiner Brandt kam. Wir werden in München dieses Gespräch fortsetzen auf der Grundlage dieser langjährigen, gewachsenen Freundschaft – und großartig unterstützt durch die israelische Kultusgemeinde in München.

Nicht vergessen werden sollen freilich neben den gesellschaftlichen auch die gewissermaßen „innerkirchlichen“ Fragen, die nach wie vor zwischen unseren christlichen Konfessionen streitig sind. Auch hierfür haben wir einen

eigenen umfangreichen Themenbereich in unserem Programm vorgesehen, der unter der Überschrift „Glauben leben – Christsein in der Vielfalt der Kirchen“ steht. So werden wir uns in einer eigenen Podienreihe den ökumenischen Brennpunkten zuwenden. Wir werden fragen, was es bedeutet, dass wir als Christinnen und Christen in der einen Taufe verbunden sind und dennoch getrennt an den Tisch des Herrn treten, weil wir ein unterschiedliches Amtsverständnis haben, was uns – zumindest nach katholischer Auffassung – an einer gemeinsamen Eucharistiefeier hindert. Trotz aller Unterschiede sind wir von der „Zukunft der Ökumene“ überzeugt. Wir glauben nicht an eine Eiszeit, sondern sind zuversichtlich, dass wir gerade in Deutschland, wo wir über Jahrzehnte hinweg schon eine Vorreiterrolle im Gespräch zwischen den christlichen Konfessionen hatten, auf diesem Weg vorangehen müssen und können.

Ich bin sicher, der ÖKT in München wird uns Hoffnungskraft geben für das Christsein in der offenen Gesellschaft. Wirksam können wir nur sein, wenn wir für die Zeichen der Zeit offen sind. Und je mehr wir diese Offenheit gemeinsam leben – evangelisch und katholisch gemeinsam und auch zusammen mit den

Ich bin sicher, der ÖKT in München wird uns Hoffnungskraft geben für das Christsein in der offenen Gesellschaft.

orthodoxen Christen, die unter uns leben – je wirksamer sind wir Christen als Sauerteig in unserem Land. Allmählich wird Allge-

meingut, dass die nächsten zehn Jahre und darüber hinaus in jedem Fall anspruchsvoller und anstrengender sein werden als die vergangenen zehn oder zwanzig Jahre. Es wird für viele Menschen immer offensichtlicher, dass ein „Weiter so“ unserer Art zu leben eine Sackgasse ist. Unsere heutige Art zu leben ist nicht zukunftsfähig. Zu einer „zukunftsfähigen Kultur“ (Meinhard Miegel) zu finden, halte ich für die größte Aufgabe unserer Zeit. Längst hat eine Debatte begonnen über den Unterschied von Lebensstandard und Lebensqualität. Die tieferen Ursachen dieser Krise sind ja Wertvorstellungen, Leitbilder und Lebensstile. Wir sollten die Krisen, den Zwang zur Neuorientierung, der da ist, ob es den Leuten gefällt oder nicht, auch als Chance begreifen. Eine Chance der Mitwirkung und des Mitgestaltens. Der Ökumenische Kirchentag ist hierfür ein „Kairos“. Man sollte dabei gewesen sein.



Alois Glück
Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) und katholischer Präsident des 2. Ökumenischen Kirchentages München 2010

„Damit Ihr Hoffnung habt“

| Dr. Ellen Ueberschär

Die Schlagzeilen der letzten Wochen brachten die Kirchen auf Platz 1. Was unter anderen Umständen ein Grund zur Zufriedenheit wäre, wirkt in diesen Tagen verheerend. Denn auf diesen Platz 1 würden alle, denen Kirche etwas bedeutet, gern verzichten. Das schmerzhafteste Thema des sexuellen Missbrauchs, die tägliche Entdeckung neuer Menschen, die Verletzungen an Körper und Seele erlebt haben, erreicht ein Ausmaß, das die katholische Kirche in ihrem Inneren nachhaltig erschüttert und zugleich weit über sie hinausreicht. Deshalb hat auch dieses Thema eine ökumenische Dimension. Es war für das Gemeinsame Präsidium des Ökumenischen Kirchentages selbstverständlich, zusätzliche Veranstaltungen in das Programm aufzunehmen, und zwar zwei verschiedene. Einerseits soll die konkrete Dimension von Ursachen und Folgen in der katholischen Kirche aufgegriffen werden, und andererseits die Erscheinungen sexuellen Missbrauchs als gesellschaftliches Thema mit dem Schwerpunkt von Prävention erörtert werden. Die neu ernannte Beauftragte der Bundesregierung, Christine Bergmann – Mitglied im Präsidium des Deutschen Evangelischen Kirchentages –, wird unter den Diskutierenden sein, wie auch zu erstgenanntem Thema Bischof Ackermann und der Rektor des Berliner Canisius-Kollegs Pater Mertens.

Was kann diese Debatte auf dem Ökumenischen Kirchentag für die kirchliche und gesellschaftliche Öffentlichkeit Besonderes bringen? Eine Großveranstaltung kann wirksam für eine „Kultur des Hinsehens“ werben, die besonders dort eingeübt werden muss, wo Kinder und Jugendliche Erfahrungen mit Gemeinschaft machen. Sensibilität für Anzeichen von sexueller Übergriffigkeit ausprägen, ist der beste Schutz gegen die Unkultur des Wegschauens.

Im Sinne der konkreten Hilfe, die vor allem den Opfern zukommen muss, ist vermutlich ein anderes Angebot des Ökumenischen Kirchentages wichtiger: Die Beratungsstelle für psychologische Begleitung und Seelsorge. Professionell ausgebildete Psychotherapeuten sind über die gesamte Zeit für Menschen da, die das Gespräch brauchen.



Positive Schlagzeilen für ein großes kirchliches Ereignis zu erzeugen, ist in diesen Wochen keine Selbstverständlichkeit. Auch der Rücktritt von Margot Käbmann als Ratsvorsitzende der EKD, der für alle Inhaber öffentlicher Ämter Maßstäbe gesetzt hat, hinterlässt eine Lücke für die Evangelische Kirche. Käbmann wird ihre Bibelarbeit und einen Hauptvortrag auf

dem Ökumenischen Kirchentag wahrnehmen, und als authentische Stimme zu hören sein, aber eben nicht mehr als die für die Kirche Verantwortliche.

Bezeichnenderweise erhielt die große Debatte, die Käbmann zu Beginn des Jahres über Sinn und Berechtigung des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr

Spendenstand

Seit dem 4. Januar 2010 haben insgesamt 101 Spender 5.238,50 Euro für die Evangelische Verantwortung gespendet. Wir möchten uns herzlich bei Ihnen für diese Unterstützung bedanken.

Unterstützen Sie die Arbeit des EAK der CDU/CSU:
Commerzbank Berlin, BLZ 100 400 00,
Konto-Nr. 266 098 300

Informieren Sie sich über die Arbeit des EAK: www.eak-cducsu.de

angestoßen hatte, gerade am Karfreitag eine jäh Aktualität: Der Tod dreier Bundeswehrsoldaten gibt einmal mehr Anlass, das Thema Krieg und Frieden auf die Agenda zu setzen. Dies geschieht in München. Aber nicht nur die Debatte, sondern auch das gottesdienstliche Gedenken an die im Gefecht Getöteten und an die zivilen Opfer in Afghanistan wird Raum haben auf diesem Kirchentag. In kleineren Formaten – und das sind noch immer die Perlen am Grund eines jeden Kirchentages – richtet sich der Blick auch auf die konkrete Situation von Soldatinnen und Soldaten und ihrer Familien. Von der politischen Öffentlichkeit zu wenig beachtet, wird weltweit die ökumenische Friedenskonvokation in Kingston/Jamaika im Mai 2011 vorbereitet, deren Leitthema „Gerechter Friede“ Richtungsangabe kirchlicher Friedensarbeit ist.

Der christliche Beitrag zum Frieden wird in München genauso wichtig sein wie die ernsthafte Arbeit am Frieden zwischen den Konfessionen. Das gemeinsame christliche Friedenszeugnis wird nur dann glaubwürdig sein, wenn die christlichen Konfessionen nicht den Eindruck einer verstrittenen Geschwisterschar machen und damit ihre eigentliche Botschaft verdunkeln. Die gesamte Vorlaufgeschichte der Ökumenischen Kirchentage, die weit in das letzte Jahrhundert hineinreicht, bezog ihre Anschubkraft aus dem Willen, als Christen überzeugend gemeinsam zu handeln. Ein erster gemeinsamer Versuch fand 1971 in Augsburg mit dem „ökumenischen Pfingsttreffen“ statt und war seiner Zeit

voraus – so könnten die mageren 8270 Teilnehmenden gedeutet werden. Die unmittelbare Vorgeschichte des 1. Ökumenischen Kirchentages begann mit einem Telefonat zwischen dem damaligen Generalsekretär des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Friedrich Kronenberg, und der Generalsekretärin des Kirchentages, Margot Käßmann. Als es 2003 in Berlin zum geplanten ökumenischen Ereignis kam, sprachen Teilnehmende und Medien schon bald vom Ersten Ökumenischen Kirchentag. Die Dynamik des Ereignisses von 2003 überwältigte Teilnehmende und Beobachtende. Rasch sprachen sich in beiden Konfessionen viele für eine möglichst rasche Festlegung auf einen zweiten Termin aus. Die ökumenische Zeitschrift „publik forum“ übergab fast 40 000 Unterschriften mit der Forderung nach einem 2. ÖKT 2008.

Die konfessionelle Gemeinschaft von Berlin wird 2010 um freikirchliche Christinnen und Christen und um Orthodoxe erweitert. In München lebt die größte griechisch-orthodoxe Gemeinde außerhalb Griechenlands. Wer am 14. Mai 2010, am Freitagabend auf den Odeonsplatz in die Münchner Innenstadt kommt, wird das Ineinanderfließen von östlichen und westlichen christlichen Traditionen hautnah erleben können. Im Anschluss an eine orthodoxe Vesper wird an 1000 Tischen eine Gemeinschaft gefeiert, zu der Menschen aller Konfessionen und Religionen eingeladen sind. Eine wahrhaft einzigartige Atmosphäre wird aufkommen, wenn bei dieser Gemeinschaft der 1000 Tische nicht nur das während der Vesper gesegnete Brot, Äpfel, Öl und Wasser, sondern auch die Bibel miteinander geteilt werden. Die 1000 Tische sind mehr als der Küchentisch zu Hause, um den sich Familie und Freunde versammeln und etwas anderes, als jeder Konferenz-tisch, an dem theologische Konvergenz-dokumente erarbeitet werden. An 1000 Tischen ereignet sich, was Anliegen der gesamten Ökumenischen Veranstaltung ist – jene religiöse Gemeinschaft zu feiern und zu leben, ohne die jedes Sprechen für den politischen und sozialen Frieden aus der Kraft des Evangeliums leeres Geschwätz bliebe.

Nicht wenige sind der Meinung, dass symbolische Handlungen wie diese unsere konfessionellen Realitäten stärker verändern als mühsam ausgehandelte

Kompromisse. Es wird zunehmend schwerer, den Gläubigen aller Konfessionen verständlich zu machen, dass die im 16. Jahrhundert entstandenen Ansichten nicht einfach beiseite getan oder durch die Praxis einer „versöhnten Verschiedenheit“ aufgehoben werden können. Jüngere Studien über die Religiosität der Bevölkerung zeigen, dass eine Mehrheit derjenigen, die sich als „hochreligiös“ bezeichnen, durchaus verschiedene Glaubenskonzepte nebeneinander stehen lassen können, ja sogar für sich selbst als wegweisend annehmen. Authentisch Glauben vermitteln, das kann nur eine Kirche, die als Institution glaubwürdig ist und deren Vertreterinnen und Vertreter authentisch und zugewandt erlebt werden. Beim ökumenischen Kirchentag ist – trotz des bedrückenden Themas sexueller Missbrauch – genau das zu erleben: Kirche, wie sie sich als gesellschaftliche Kraft zeigt, wie sie versucht, christliche Werte und Orientierung in diese Gesellschaft hinein zu buchstabieren. Es werden Amtsträger zu erleben sein, die zu einem offenen Gespräch bereit sind, die Grenzüberschreitungen gewagt haben und wagen werden und es werden Laien zu erleben sein, die an ihrer jeweiligen Kirche treu hängen, aber selbstkritisch und dialogbereit sind.

Anselm Grün und Jörg Zink, die beiden Altmeister der Ökumene haben ihre Hoffnungen in einem kleinen Buch niedergelegt: „Die Wahrheit macht uns zu Freunden. Wie Christen morgen miteinander leben wollen.“ Dieses Morgen lebt davon, dass wir uns – in diesen Tagen ganz besonders – wieder anfreunden mit der „Dauerläuferin Hoffnung“, wie die Rätin in Günter Grass' gleichnamigen Roman. Ganz im Sinne unseres Mottos: „Damit Ihr Hoffnung habt“ und ganz im Sinne der Bundeskanzlerin, die den Ökumenischen Kirchentag als eines der drei Großereignisse genannt hat, die man im Jahr 2010 nicht verpassen darf, bleibt der Hinweis auf www.oekt.de oder die Einladung, einfach direkt nach München zu kommen: vom 12. bis 16. Mai 2010.



Dr. Ellen Ueberschär,
Generalsekretärin des
Deutschen Evangelischen
Kirchentages.



Homosexualität und Evangelische Kirche

| Klaus Baschang

Ist die Homosexualität ein Greuel, dem alle Christen mit aller Kraft widerstehen müssen? Oder ist sie eine Schöpfungsvariante, für die Lesben und Schwule Gott danken dürfen, weil er sie mit dieser Besonderheit begabt hat? Zwischen diesen beiden Extrempositionen wird sich eine Diskussion bewegen, die demnächst auf die EKD und ihre Gliedkirchen zukommt.

Ein Streit steht ins Haus: Pfarrerdienstrecht der EKD

Die EKD bereitet ein einheitliches Pfarrerdienstrecht für alle Gliedkirchen vor. Dafür gibt es viele gute Gründe. Dabei wird es aber unvermeidbar zu Diskussionen über die beiden Eingangsfragen kommen. Denn u. a. muss geklärt werden, ob auch Männer und Frauen in

gleichgeschlechtlichen Partnerschaften zum Pfarrdienst zugelassen werden können oder nicht. Es ist absehbar, dass die EKD durch ihre Synode diese Frage nicht für alle Gliedkirchen gleichsam von oben herab entscheiden wird. Im EKD-Gesetz werden Öffnungsklauseln sein, die von den Landeskirchen selbst zu nutzen sind.

Das Thema hat die EKD und ihre Gliedkirchen schon Mitte der 90er Jahre

beschäftigt. Der Rat hat damals eine „Orientierungshilfe“ in Auftrag gegeben, die 1996 mit dem Titel „Mit Spannungen leben“ veröffentlicht wurde und heftige Diskussionen ausgelöst hat. Die neuen Diskussionen

werden noch viel heftiger sein. Denn jetzt geht es nicht mehr um vorsorgliche theologische Klärungen. Jetzt stehen Tatsachen zur Diskussion, die seit her geschaffen wurden! Längst gibt es in nicht wenigen Landeskirchen gleichgeschlechtliche Partnerschaften im Pfarrdienst. Kirchenleitungen haben zugestimmt, andere widersprochen, manche weggeschaut. Die Praxis hat sich unterschiedlich entwickelt. Jetzt wird man Geschehenes verteidigen und vom Odium des Unrechten befreien wollen oder weitere Fehler auf einer abschüssig gewordenen Ebene der Pastoral-moral zu vermeiden versuchen.

Der Streit wird Zeit und Kräfte binden, die der deutsche Protestantismus bei anderen Themen dringend benötigt. Er kann aber auch einige Grundsatzfragen zur Klärung bringen, die bislang eher vernachlässigt wurden. Die Selbstbeschäftigung der Kirche mit den Problemen ihrer Pfarrer wäre illegitim, wenn es nur um Pfarrerprobleme ginge. Der Horizont ist sehr viel weiter zu spannen.

Gottebenbildlichkeit – auch für homosexuelle Menschen

Die weiteste Bestimmung des Menschseins ist die biblische Zusage der Gottebenbildlichkeit der Menschen. Die Bibel spricht davon an hervorgehobener Stelle: Im 1. Schöpfungsbericht (1. Mose 1) wird diese Zusage den soeben als Mann und als Frau geschaffenen Menschen zuteil. Die Menschen in ihrer geschlechtlichen Differenzierung als Mann-Mensch und als Frau-Mensch repräsentieren Gottes Lebenswillen für diese Welt. Das Prädikat der Gottebenbildlichkeit kommt allen Menschen zu. Es knüpft an keine Vorbedingungen auf Seiten der Menschen an. Homosexuelle Menschen sind davon nicht ausgenommen! Auch sie haben Anspruch darauf, als Ebenbilder Gottes angesehen zu werden. Das hat Konsequenzen:

1. Es geht nicht an, das Thema Homosexualität in eine Schmutz-ecke zu verschieben, in der Vertuschen und Verstecken, Angst und Verdächtigungen gefördert werden. Im Rahmen der Gottebenbildlichkeit sind Minderheiten gegen Mehrheiten zu schützen.

Zugleich gilt: Minderheiten dürfen ihre Gesellschaftsvorstellungen der Mehrheit nicht aufnötigen wollen. Sie müssen darauf verzichten, mit ihrer Lebensweise besondere Aufmerksamkeit wecken zu wollen. Das werden sie umso besser können, je klarer der Glaubenssatz von der Gottebenbildlichkeit aller Menschen im Bewusstsein aller Menschen ist.

2. Die Gottebenbildlichkeit ist eine Zusage Gottes. Sie knüpft nicht an menschliche Leistungen an. Die Bibel weiß, dass alle Menschen Mängelwesen sind. Aber gerade mit ihren Mängeln sind sie von Gottes Zusage umgriffen. Homosexuelle Menschen haben den unver-schuldeten Mangel, dass sie nicht generativ tätig sein können. Sie werden auf ihren Lebenswegen nicht von eigenen Kindern begleitet, die ihnen besondere Pflichten, aber auch besonderes Glück bereiten und ihnen – zumal im Alter – neue Lebens-erfahrungen vermitteln können. Diese Mängel können die eigene Identität tief berühren. Sie müssen von den Menschen ernst genommen werden, die diese Mängel nicht haben, dafür aber andere und also keineswegs mängelfrei sind, nur weil sie heterosexuell empfinden. Unter der Zusage der Gottebenbildlichkeit Gottes macht es freilich wenig Sinn, persönliche Identitätsprobleme öffentlich zur Schau und zur Diskussion zu stellen. Die Paraden zum Christopher-Street-Day sorgen keineswegs für ein besseres Image der Lesben und Schwulen. Es ist nicht verstehbar, dass sich Politiker der Union immer noch daran beteiligen.

3. Die beschriebenen Mängel dürfen nicht dadurch ausgeglichen werden, dass ein volles Adoptionsrecht für gleichberechtigte Lebenspartnerschaften eröffnet wird. Es würde lediglich den emotionalen Bedürfnissen in diesen Partnerschaften dienen. Es dient aber keineswegs dem Kindeswohl. Die zu dieser Frage von der früheren Justizministerin Brigitte Zypries in Auftrag gegebene Studie weist schlimme Mängel aus.

4. Gottebenbildlichkeit meint nicht das Abschleifen von Unterschieden, sondern den rechten Umgang mit ihnen. *Differenzieren heißt nicht Diskriminieren*. Im Gegenteil. Erst eine differenzierte Betrachtungsweise macht die Würdigung von Einzel- und Sonderfällen möglich. Darum kann es keine Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften mit Ehe und Familie im Grundgesetz geben. Denn diese sind

aus guten Gründen von verfassungswegen privilegiert. Die aus einer rechtsförmig geschlossenen Ehe hervorgehende Familie bringt im Regelfall höhere Leistungen für das Gemeinwesen als jede andere Vergemeinschaftung von Menschen: Sie sorgt quantitativ für den Fortbestand des Volkes, qualitativ für soziales Training und finanziell für Transferleistungen zwischen den Generationen, die denen des öffentlichen Sozialwesens weit überlegen sind. Der Staat urteilt also im Zusammenhang mit Artikel 6 (1) des Grundgesetzes nicht über die Moral in Privaträumen. Keine Minderheit hat in den letzten Jahrzehnten solche Fortschritte in ihren Rechten gegenüber dem Gemeinwesen erfahren wie die der Lesben und Schwulen. Dagegen ist nichts einzuwenden. Weitere Forderungen müssten materiell-rechtlich begründet werden. Die emotionale Gleichstellungsforderung im Grundgesetz ist reine Propaganda.

5. Nicht anders ist es mit der Forderung, die „sexuelle Identität“ in die Schutzbestimmungen gegen die Diskriminierung nach Artikel 3 (3) des Grundgesetzes aufzunehmen. Das Geschlecht ist in diesem Katalog bereits enthalten und zwar an erster Stelle. Objektiv benennbare Benachteiligungen oder Bevorzugungen lassen sich unschwer mit dem geltenden Verfassungsrecht abwehren. Ganz anders ist es aber mit dem immer sehr subjektiven Erleben der eigenen Identität. Es ist von Gefühlsregungen bestimmt, die sich juridischer Überprüfung entziehen und bis in den Bereich strafbewehrter sexueller Handlungen mit Geschwistern und Minderjährigen gehen, wie sie von Befürwortern dieser GG-Änderung sogar selbst benannt werden.

Die Bibel und die nötigen Aufgaben der Kirche

Die Beispiele zeigen: Die von Gott zugesagte Gottebenbildlichkeit muss gepflegt und geschützt werden. Zwischen Gottes Zusage und ihrer Verwirklichung im Menschenleben klafft immer eine Differenz und zwar nicht nur im Bereich der Sexualität. Die Differenz muss möglichst klein gehalten werden. Dafür haben Staat und Kirche mit jeweils eigenen Mitteln zu sorgen. Es ist gut, wenn sie sich dabei ergänzen können, wie das die staatliche Ordnung der Bundesrepublik vorsieht. Die Argumentation mit der Gottebenbildlichkeit hat – wie wir gesehen haben – Konsequenzen bis in die staatliche Rechtsordnung hinein. Vielleicht hätte die Kirche diesen Ausgangspunkt ihrer Argumentation schon sehr viel früher deutlich machen müssen.

Ein anderer und nicht weniger wichtiger Ausgangspunkt ist nun freilich, dass die EKD in der oben genannten Schrift von 1996 eindeutig festgestellt hat, „dass es keine biblischen Aussagen gibt, die Homosexualität in eine positive Beziehung zum Willen Gottes setzen – im Gegenteil“. Rein exegetisch kann man dieser Feststellung nicht widersprechen. Manche stellen ihr das Liebesgebot Jesu entgegen. Dieses hebt aber die anderen Gebote nicht auf, sondern lehrt den rechten Umgang mit ihnen. Wer in vorgeblicher evangelischer Freiheit den biblischen Befund beiseite schiebt, muss sich fragen lassen, ob und wann er etwa das Gebot der Nächsten- und Feindesliebe beiseite schieben wird. Wir leben in einer Zeit besonderer kultureller Umbrüche. In ihnen muss ich die Kirche als kulturell orientierende Organisation bewähren. Das gelingt aber nur, wenn sie den Umgang mit ihren eigenen Grundlagen plausibel offenlegt. Darum kann sie den biblischen Befund zur Homosexualität nicht einfach beiseite schieben. Was ist zu tun?

1. Wenn die Identität von Menschen gefährdet ist, ist Seelsorge gefragt. Sie bietet den Schutzraum, in dem offen gesprochen werden kann. Evangelische Seelsorge manipuliert nicht. Sie ist ergebnisoffen. Sie nimmt die Situation ratsuchender Menschen ernst. Weil sie sie ernst nimmt, verschweigt sie aber auch die biblische Botschaft nicht. Wie die Ratsuchenden sich entscheiden, ist dann deren Verantwortung. Pfarrerrinnen und Pfarrer können sie ihnen nicht abnehmen. Der Seelsorgedienst müsste sehr viel deutlicher bekannt gemacht werden. Wichtig wären z. B. anonyme Gesprächs- und Selbsthilfegruppen von Eltern, deren Kinder sich als Homosexuelle erkannt und geoutet haben.

2. Wenn im Rahmen der Seelsorge persönliche Segnungen stattfinden, so bedarf es dazu keiner bischöflichen oder synodalen Erlaubnis. Wer die Seelsorge in einer Segnung ausmünden lässt, kann allenfalls selbst bei einer Seelsorgerin oder einem Seelsorger des Vertrauens für sich seelsorgerlichen Rat in Anspruch nehmen.

3. Es gibt zumindest zwei bewährte Einrichtungen, in denen seit Jahren Menschen mit homosexuellen Neigungen Hilfe erfahren: Das Deutsche Institut für Jugend und Gesellschaft mit Frau Dr. Vonholdt und der Verein Wüstenstrom mit Herrn Markus Hoffmann. Beiden wird vom Verband der Lesben und Schwulen in Deutschland (VLSD) seit Jahren vorgeworfen, sie würden Menschen

„umpolen“ und in noch schlimmere innere Konflikte treiben, als sie sie in die Beratung mitbringen. Diese Vorwürfe sind falsch und unbewiesen. Sie erklären sich nur aus einer politischen Festlegung des VLSD: Er beansprucht ein Deutungsmonopol in den Fragen der Homosexualität und lehnt jede demokratisch freie Diskussion darüber ab, zum Teil auch mit gewaltsamen Mitteln. Die Kirchen sollten sich freilich noch klarer und eindeutiger zu diesen beiden Seelsorgeeinrichtungen bekennen.

4. Die in manchen Landeskirchen eingeführten Segnungen in trauungsähnlichen Liturgien („Homotrauung“) waren nicht hilfreich! Die Kirche wurde politisch mißbraucht. Zwei Männer, die mit Rosen in der Hand vor einem alten Kirchenportal Küsse tauschen, bringen politisch mehr in Bewegung als jede nachdenkliche Diskussion. Die evangelische Trauung ist kein Sakrament, sie ist nicht heilsnotwendig, nicht einmal für heterosexuelle Paare. Wer sich des Segens bedürftig fühlt, kann ihn am Ende eines jeden Gottesdienstes empfangen und dabei sogar dem Partner oder der Partnerin die Hand geben, wie das verschiedengeschlechtliche Liebende auch tun. Eine „Soft-Trauung“ stiftet nur Verwirrung. Die Kirche sollte diese Praxis zurück nehmen.

5. Pfarramt und Pfarrhaus sind in der nichtkirchlichen Öffentlichkeit wesentlich höheren Orientierungserwartungen ausgesetzt, als innerkirchlich gemeint wird. Hier müssen programmatisch erzieherische Leistungen an jungen Gemeindegliedern erbracht werden. In der Begegnung junger Menschen mit Pfarrhaus und Pfarramt darf nicht der Eindruck entstehen, gleichgeschlechtliches Zusammenleben sei ein Normalfall des Lebens. Es ist ein Ausnahmefall. In der Zeit der

Reifung junger Menschen muss sich die sexuelle Identität aus plastischen Vorformen in die Eindeutigkeit entwickeln. Dazu sind junge Menschen auf Vorbilder angewiesen. Eltern dürfen nicht enttäuscht werden, wenn sie ihre Kinder der Kirche anvertrauen. Es geht also nicht um den früheren Verdacht der Verführung. Die Bedenken gegen die Berufung homosexueller Menschen ins Pfarramt sind sehr viel prinzipieller. Darum muss die Kirche nunmehr bei der Ethik der Amtsträger früher begangene Fehler erkennen und korrigieren. Hier sind seelsorgerlicher Takt und kirchenrechtliche Konsequenz in gleicher Weise gefordert, zumal sich die Praxis sehr unterschiedlich ausgebildet hat. Das darf aber nicht dazu führen, schludrige

Praxis bequem, wenn auch schlechten Gewissens fortzusetzen. In der Kirche des Allgemeinen Priestertums nehmen Ordinierte keinen höheren geistlichen Rang als Gemeindeglieder ein. Es gibt kein geistliches staatliches Recht auf beliebigen Zugang zu kirchlichen Ämtern.

Arbeit an der kulturellen Zukunft

Die Schrift „Mit Spannungen leben“ von 1996 hat keine anhaltende Entspannung gebracht. Die in ihr benannten prinzipiellen Fragen wurden mit Pragmatismus, oft auch mit kirchenpolitischer Raffinesse beiseite geschoben. Sie werden jetzt wieder aufbrechen. Das gibt der Evangelischen Kirche die Chance zur Selbstbesinnung. Sie muss sich dann mit tiefergründigen Problemen befassen als mit den populären Themen Asylpolitik, Mindestlohn, gesellschaftliche Armut usw. Nach den Rücktritten von Dr. Margot Käßmann von ihren Leitungsmännern haben ihre Flügelleute diese Themen sofort in den Vordergrund geschoben. „Einmischen“ solle sich „die Kirche“ in die Diskussion dieser Themen – als seien die in diesen Themen Verantwortlichen allesamt keine Kirchenmitglieder, als seien diese Themen längst noch nicht in der öffentlichen Diskussion.

Das wenig aparte Thema Homosexualität bietet dagegen die Chance, endlich kirchlich und theologisch wieder anspruchsvoller zu werden. Mit neuen Argumenten für die staatliche Ordnung und neuen Einsichten in begangene Fehler könnte die Evangelische Kirche auch neue Autorität gewinnen. Dann muss sie sich nicht mit Einmischungen andienen, sondern kann niveauvolle Beiträge zur Lösung von kulturellen Konflikten leisten, die weit über die jetzt lebende Generation hinausreichen. Wir haben einen Freiheitsgewinn für uns in Anspruch nehmen können wie keine Generation vor uns. Wir haben aber versäumt, Regeln und Handlungsgewissheiten zu erarbeiten, die die Selbstauflösung der Freiheit hindern.

Eine ausführliche Arbeitshilfe zu diesem Thema wird im Herbst 2010 in der Reihe „ideaDokumentation“ erscheinen.



Klaus Baschang

war über 20 Jahre Oberkirchenrat der Badischen Landeskirche. Er ist theologischer Berater des EAK-Landesverbandes Baden-Württemberg.



*Herzliche Einladung zur 47. Bundestagung
des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU
am 11./12. Juni 2010 in Berlin*

„Verfolgung und Diskriminierung von Christen im 21. Jahrhundert“

Freitag, 11. Juni 2010

14:30 – 15:25 Uhr EAK Bundesvorstandssitzung
(nicht öffentlich)

15:30 – 16:00 Uhr **Eröffnung** der 47. EAK-Bundestagung
im Foyer **des Konrad-Adenauer-Hauses**
(CDU-Bundesgeschäftsstelle)



Begrüßung:
Thomas Rachel MdB,
Bundesvorsitzender des Evangelischen
Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK) und
Parlamentarischer Staatssekretär
im Bundesministerium für Bildung
und Forschung (BMBF)



Grußworte:

Prälat Dr. Bernhard Felmberg,
Bevollmächtigter des Rates der Evange-
lischen Kirche in Deutschland (EKD) bei
der Bundesrepublik Deutschland und bei
der Europäischen Union (EU)



Prof. Dr. Johanna Wanka MdL,
Landes- und Fraktionsvorsitzende der
CDU Brandenburg sowie Ländervor-
sitzende des EAK Berlin-Brandenburg
(angefragt)

16:00 – 17:00 Uhr

Rede der Bundeskanzlerin und Parteivorsitzenden der CDU Deutschlands, Dr. Angela Merkel MdB



Moderation:
Thorsten Alsleben,
Referatsleiter Strategische Kommunikation im Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS)

Ab ca. 21:15 Uhr

Abendempfang in den Foyerräumen und im Wintergarten des Hauses

Samstag, 12. Juni 2010

08:30 – 09:30 Uhr

Gottesdienst in der Zwölf-Apostel-Kirche Berlin-Schöneberg,



Leitung:
Generalsuperintendent des Sprengels Berlin der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO), **Pfarrer Ralf Meister**

10:00 – 11:30 Uhr

Festakt zur Verleihung der „Hermann-Ehlers-Medaille“ des EAK an **Altbundespräsident Dr. Richard v. Weizsäcker**

17:00 – 18:30 Uhr

Hauptvortrag:
Prof. Dr. Dr. Thomas Schirrmacher



Direktor des Internationalen Instituts für Religionsfreiheit (Bonn, Kapstadt, Colombo)

18:30 – 19:30 Uhr

Abendessen im Wintergarten (fakultativ)

19:30 – 21:15 Uhr

Theologisches Abendgespräch
„Die um ihres Namens willen verfolgt werden – Verfolgung und Diskriminierung von Christen im 21. Jahrhundert“



Martin Schindehütte,
Auslandsbischof der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)



Ertan Cevik,
Gründer und Pastor der türkischen Baptistengemeinde in Izmir



Hermann Gröhe MdB
Generalsekretär der CDU Deutschlands



Laudatio und Ehrung:
Bundesvorsitzender **Thomas Rachel MdB**

Dankeswort:
Dr. Richard v. Weizsäcker

Anforderung der
Anmeldeunterlagen auf
der nächsten Seite





Antwort

zur Verwendung im Fensterumschlag oder als Faxformular

Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU
Bundesgeschäftsstelle
Klingelhöferstraße 8
10785 Berlin

Telefax: 030/220 70-436

**E-Mail: eak@cdu.de
www.eak-cducsu.de**



Evangelischer Arbeitskreis der CDU / CSU

Bitte senden Sie mir die [Unterlagen für meine Anmeldung](#) zur 47. Bundestagung des EAK der CDU/CSU am 11./12. Juni 2010 in Berlin zu.

Name

Vorname

Straße

Postleitzahl, Ort

Telefon/-fax

E-Mail

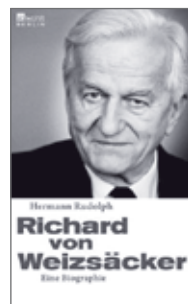
Anmeldeschluss ist der 4. Juni 2010.

Die Anmeldeunterlagen können Sie auch telefonisch unter 030 22070-432 bei der Bundesgeschäftsstelle anfordern. Diese senden wir Ihnen unmittelbar nach der Druckfertigstellung per Post zu.





Stephan Eisel,
Helmut Kohl. Nahaufnahme
Bouvier Verlag, Bonn 2010
ISBN 978-3-416-03293-3
kartoniert, 224 Seiten, 19,90 EUR



Hermann Rudolph,
**Richard von Weizsäcker –
Eine Biographie**
Rowohlt, Berlin 2010
ISBN 978-3-87134667-5
gebunden, 285 Seiten, 19,95 EUR

Pünktlich zum 80. Geburtstag des „Kanzlers der Einheit“ veröffentlicht Stephan Eisel, langjähriger Redenschreiber, Mitarbeiter Helmut Kohls im Kanzleramt und ehemaliger Bonner Bundestagsabgeordneter, seine äußerst interessante „Nahaufnahme“, die bewusst „höchst subjektiv“ gefasst ist und auf den eigenen und unmittelbar persönlichen Erinnerungen des Autors basiert. Eisel bietet interessantes Material, das uns den Menschen und Politiker Kohl immer wieder neu und facettenreich nahe bringt. Der Leser wird eingeladen, hinter die Kulissen zu blicken, und lernt vieles, was sich nicht in den Akten und historischen Zeugnissen finden lässt. Ein hoch spannendes, kluges und hervorragend geschriebenes Buch, das jedem zu empfehlen ist, der sich näher mit der Gestalt Helmut Kohls und dem von ihm wesentlich geprägten Abschnitt der Geschichte der CDU befassen will. Die Tatsache, dass dem Buch in Bezug auf Syntax und Orthographie an manchen Stellen ein etwas sorgfältigeres Lektorat zu wünschen gewesen wäre (wohl ein Zugeständnis an den Druck des Erscheinungstermins), trägt dem Prädikat „Unbedingt lesenswert!“ keinerlei Abbruch, sondern unterstreicht die guten Wünsche für eine baldige zweite Auflage.

Selten liest man eine wirklich so gut geschriebene Biographie. Hermann Rudolph, der Weizsäckers Karriere seit Jahren aus nächster Nähe verfolgt hat, ist dieses Kunststück gelungen. Rudolph ergründet das „Phänomen Weizsäcker“ und erläutert es als „Kraft der Synthese“, oder mit den Worten Marion Gräfin Dönhofs: „Wenn man einen idealen Bundespräsidenten synthetisch herstellen könnte, dann würde dabei kein anderer als Richard von Weizsäcker herauskommen“. Aber Rudolph betreibt keinerlei Ikonographie, sondern hinterfragt stets kritisch und differenziert, was es mit diesem einzigartigen Phänomen auf sich hat. Er führt uns ein Leben vor Augen, „das ein Jahrhundertleben ist (...). Mit ihm ist einer unter uns, für den das, was für fast alle anderen Geschichte ist – graues Schulbuchwissen oder bunte Erzählung –, sein Lebensstoff war“. – **Richard v. Weizsäcker, der am 15. April 2010 seinen 90. Geburtstag feiern durfte, war neben seinen vielen Ämtern und Funktionen auch jahrelanges Mitglied des EAK-Bundesvorstandes und wird am 12. Juni 2010, im Rahmen der 47. EAK-Bundestagung (s. S. 10-12) mit der „Hermann-Ehlers-Medaille“ ausgezeichnet werden.**

Empfehlung ★★★★★

Empfehlung ★★★★★



Hans Jakob Schmitt,
**Dem Wind auf der Spur.
Das Geheimnis spannenden Lebens**
Karin Fischer-Verlag, Aachen 2009
ISBN 978-3-89514-849-1
kartoniert, 448 Seiten, 19,90 EUR



Hans Küng,
Was ich glaube
Piper Verlag, 2009
ISBN 978-3-492-05333-4
gebunden, 319 Seiten, 18,95 EUR

Wenn ein erfolgreicher Schulmann, Direktor eines Gymnasiums und in vielfältiger Weise in Kirche und Kommune ehrenamtlich tätig, ein philosophisches Buch schreibt, dann liegt die Vermutung nahe, dass in abstrakter Weise Probleme abgehandelt werden. Hans Jakob Schmitt greift aber die Fragen auf, die sich in unserem täglichen Leben ergeben; aber er bleibt nicht bei der Darstellung des unmittelbar Sichtbaren stehen, sondern es geht ihm darum zu zeigen, dass der Mensch nicht in der Isolierung, sondern gerade im Gegenüber zum und im Miteinander mit anderen Menschen zu begreifen ist. Indem Schmitt das an Hand der Bibel, vor allem aber der griechischen Philosophen deutlich macht, stellt er den Menschen unserer Tage in den Zusammenhang der Geschichte und lehrt uns Quellen neu verstehen, die unsere Zeit weiterhin dem Vergessen anheim gegeben hat. So ist das Werk von Hans Jakob Schmitt durch sein Fragen wie durch seine Hinweise ein aktuelles Buch, das in vieler Hinsicht Orientierung bietet. (Albrecht Martin, EAK-Bundesvorsitzender a.D.)

Hans Küng, dieser große Querdenker, Grenzgänger und leidenschaftliche Kritiker seiner römisch-katholischen Kirche, veröffentlicht hier eine theologische Autobiographie, die sein ganz persönliches Credo darstellt. Küng lässt dabei die ganze gelehrte, theologische Formelsprache hinter sich und zeigt uns die wesentlichen Prägungen und Stationen seines gleichermaßen tiefgründigen wie stets erfahrungsgesättigten Denkens. Das Buch handelt von „Lebensvertrauen“, „Lebensfreude“, „Lebensleid“ und „Lebenskunst“, der Ökumene, dem notwendigen Dialog mit anderen Religionen und Weltanschauungen („Atheismus“) sowie dem Projekt „Weltethos“. Und Küng wäre nicht Küng, wenn er uns nicht auch zum selbstkritischen Nachdenken brächte: „Warum muss ich das anmerken? Weil seither auch für die große Mehrheit der Katholiken das ‚Was ich glaube‘ und ‚Was die Kirche zu glauben vorschreibt‘ (...) weit auseinanderklaffen, und dies in moralischen wie in dogmatischen Fragen. Die protestantischen Kirchen (...) können diesen Verlust an Glaubwürdigkeit für die Christenheit offenbar nicht wettmachen.“

Empfehlung ★★★★★

Empfehlung ★★★★★



Damit ihr Hoffnung habt.
2. Ökumenischer Kirchentag
 München 12.–16. Mai 2010

www.oekt.de Tel. 089 55 99 97-337

Besuchen Sie den Stand
 des **EAK der CDU/CSU**
 auf der **AGORA**
 Halle B5, Stand E21.

Der EAK auf dem 2. Ökumenischen Kirchentag (München, 12. – 16. Mai 2010)

Der **Empfang des EAK** im Rahmen des 2. Ökumenischen Kirchentages (ÖKT) wird am **12. Mai 2010 um 20:30 Uhr** (Einlass beginnt ab 19:30 Uhr) **im Münchner Künstlerhaus**, Lenbachplatz 8, 80333 München stattfinden.

Mit Grußworten von:



Alois Glück
 Präsident des Zentral-
 komitees d. dt. Katholiken
 und katholischer Präsident
 des 2. ÖKT



Prof. Dr. Eckhard Nagel
 Präsident des Dt. Ev. Kirchen-
 tages und evangelischer
 Präsident des 2. ÖKT



**Erzbischof
 Dr. Robert Zollitsch**
 Erzbischof von Freiburg und
 Vorsitzender der Deutschen
 Bischofskonferenz



**Präses
 Dr. Nikolaus Schneider**
 Amtierender Ratsvorsitzender der
 Ev. Kirche in Deutschland (EKD)



**Bischof
 Dr. Johannes Friedrich**
 Bischof der Ev.-Luth. Landes-
 kirche in Bayern



Erzbischof Reinhard Marx
 Erzbischof von München
 und Freising



Horst Seehofer MdB
 Ministerpräsident des
 Freistaates Bayern



Hermann Gröhe MdB
 Generalsekretär der
 CDU Deutschlands

Anmelden können Sie sich schriftlich und formlos unter folgender Kontaktadresse:

Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU | Bundesgeschäftsstelle | Klingelhöferstraße 8 | 10785 Berlin | Telefon 030/22070-432 |
 Telefax 030/22070-436 | E-Mail eak@cdu.de | Internet www.eak-cdusu.de

Kultur als gemeinsame Aufgabe von Kirche und Politik

Die EKD-Kulturbeauftragte zu Gast beim EAK-Bundesvorstand

Kürzlich war die Kulturbeauftragte der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), **Dr. Petra Bahr**, zu Gast beim Bundesvorstand des EAK. Sie betonte dabei, dass Kulturpolitik eine zutiefst evangelische Aufgabe sei. Wichtig sei es inzwischen, dass Kulturpolitik auch dort gemacht werden müsse, „wo manche es gerade der Kirche nicht zutrauen.“ Insofern stünde sie als EKD-Kulturbeauftragte nicht nur mit Museen, Kulturinstituten oder Gedenkstätten in Kontakt, sondern natürlich immer auch mit der Politik bzw. den im Bundestag vertretenen Parteien. Kulturpolitik sei ferner von zentraler Bedeutung für die gesellschaftliche Wertorientierung, auch und gerade in einer zunehmend säkularisierten Zeit. Dabei spiele die Besinnung auf die christlichen Fundamente unseres Alltags eine wesentliche Rolle. Dass z. B. jeder Gottesdienst durch seine Predigten und seine Lieder als traditionelle Möglichkeit der zwischenmenschlichen Begegnung und durch



v.l.n.r.: EAK-Bundesvorsitzender Thomas Rachel, EAK-Bundesgeschäftsführer Christian Meißner und Dr. Petra Bahr

die Pflege des Gemeinschaftssinnes ein bedeutsamer Beitrag zum kulturellen Leben auch außerhalb der Kirchenmauern ist, sei schon vor geraumer Zeit in Vergessenheit geraten. Dabei gelte: „Kultur wird an jedem Ort gelebt, an dem Menschen miteinander in Kontakt treten.“ Auch die Kirche leiste damit einen selbstverständlichen Beitrag zum Kulturleben. Die geschilderten Bezüge dürften nicht vergessen oder gar verdrängt werden.

Die EKD-Kulturbeauftragte ermunterte die Union auch zur Gründung eines ‚Kulturpolitischen Arbeitskreises‘ und erinnerte an die Aufgabe der Politik, Deutschland auch als lebendigen Kulturstaat zu erhalten und kulturpolitische Anliegen zu fördern. Als eine Initiative, in der dies vorbildlich gelinge, benannte sie die Stiftung „Jedem Kind ein Instrument“, die u. a. von der Kulturstiftung des Bundes gefördert wird.

Politik in der Verantwortung vor Gott und den Menschen

EAK-Bundesvorsitzender vor dem PerspektivForum Behinderung

Für christliche Demokraten seien Themen wie Krankheit und Behinderung und die grundsätzlichen Fragen der Menschenwürde sehr wichtig, erläuterte der EAK-Bundesvorsitzende und Parlamentarische Staatssekretär im Bundesforschungsministerium, **Thomas Rachel**, seine Position beim PerspektivForum Behinderung in Berlin. Das zum 9. Mal von der Deutschen Evangelischen Allianz veranstaltete Forum mit dem Ziel die Frage der Integration von

Behinderten in die christliche Gemeinde und die Gesellschaft voranzubringen, kam erstmals für einen Tag in den Deutschen Bundestag, um das Gespräch mit Politikern über diese Fragen zu suchen. Thomas Rachel betonte dabei, dass es innerhalb der freiheitlich-demokratischen Grundordnung um eine Politikgestaltung gehe, „die noch etwas davon weiß und versteht, dass sie gleichermaßen in der Verantwortung vor Gott und den Menschen“ stehe. Das Menschenbild Adolf Hitlers hätte

historisch den Punkt des Rückfalles der „einstig führenden Kulturnation Deutschlands in die größte denkbare Stufe der Barbarei und des Verbrechens“ bedeutet.

Mit der steigenden Lebenserwartung sowie dem medizinischen und technischen Fortschritt gewinne das Thema „Menschenwürdige Sterbebegleitung“ zunehmend an Bedeutung: „Es ist darum wichtig, die Ängste der Menschen an diesem Punkt sehr ernst zu nehmen. Es



Thomas Rachel und Hartmut Steeb (beide Mitte) mit den Teilnehmern des PerspektivForums

ist wichtig, präzise zu fragen, wogegen sich die zum Teil sehr tief sitzenden Ängste in Wirklichkeit richten, um zu verhindern, dass man in der Diskussion bloß an der Oberfläche des eigentlichen Problems verharret und daraus die falschen Schlüsse

zieht“, forderte Rachel. Illustriert werde dieses Szenario mit Schreckensbildern von Übertherapie, Apparatedizin und intensivstationärer Behandlung, von Leid, Schmerz und Unglück und dem Schüren von Ängsten.

Aus diesem Grund sei auch zukünftig wichtig, die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf grundlegend zu verbessern, vor allem weil viele Familienangehörige hier vor großen Schwierigkeiten und Belastungen stünden. „Ihnen muss im Zeichen einer menschenwürdigen und an der Lebensqualität der Betroffenen selbst ausgerichteten Pflege geholfen werden“, drückte Rachel seinen Wunsch aus. „Als CDU sind wir dem christlichen Menschenbild verpflichtet. Dies haben wir vor kurzem auch in unserem neuen Grundsatzprogramm festgehalten.“ Ein ganz entscheidender Punkt des Einsatzes gegen das „Übel der zunehmenden Spätabtreibungen“ sei aus Sicht seiner Partei, dass Krankheit, schweres Leiden oder Behinderung niemals und in keiner Phase des menschlichen Lebens zum Argument gegen Wert und Würde eben dieses unantastbaren menschlichen Lebens gemacht werden dürfen.

Hartmut Steeb
(Generalsekretär der Deutschen Evangelischen Allianz)

Christliche Quellen freiheitlicher Systeme

Albrecht Martin-Symposium des EAK Rheinland-Pfalz

Kreuze in staatlichen Schulen zu zeigen, widerspricht dem Bildungspluralismus, der für eine demokratische Gesellschaft wesentlich ist, und widerspricht dem kritischen Denken, zu dem staatliche Schulen die Schüler erziehen sollen. Mit dieser Begründung hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) am 3. November 2009 den italienischen Staat zu einer Schadensersatzzahlung verurteilt, weil in Klassenzimmern einer italienischen staatlichen Schule Kruzifixe hingen. Das Kreuz als Verstoß gegen die Europäische Menschenrechtskonvention? Immer wieder wird ein bis heute anhaltender Gegensatz zwischen Freiheitsgeschichte und christlichem Glauben behauptet. Stimmt das? Stimmen die Grundüberlegungen des EGMR-Urteils? Ist die Wirksamkeit der Freiheitsrechte, auf die sich das Urteil stützt, sind die Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen, die Grundrechte-Charta der Europäischen Union, der Grundrechtskatalog des Grundgesetzes ohne christliche Überlieferungen vorstellbar? Wir, der EAK Rheinland-Pfalz, haben

die Frage nach den Beziehungen zwischen Freiheitsanspruch und christlichem Glauben nicht vorrangig Theologen gestellt, sondern Vertretern von Staatslehre und Philosophie, von Geschichts- und Politikwissenschaft, von Soziologie und Ökonomie, von Psychologie und Pädagogik. Wir haben damit Impulse aufgenommen von **Albrecht Martin**, 1984-1990 in der Nachfolge von **Roman Herzog** EAK-Bundesvorsitzender, der seine Arbeit in Politik und Kirche bis heute dem Ziel widmet, die Zusammenhänge von Freiheitsgeschichte, politischer Praxis und christlichem Glauben bewusst und wirksam zu machen (siehe die Würdigung von **Thomas Rachel** in der Evangelischen Verantwortung 1+2|2010).

Was macht nun freiheitliche Verfassungen aus? 1. Die Unverfügbarkeit der Menschenwürde, 2. Die Freiheit der Entscheidung zum Guten wie zum Bösen, 3. Die Trennung von Religion und Staat.

Wo liegen die Quellen dieser drei Elemente?

Der Philosoph – Theo Kobusch: Alle Versuche der Philosophie, Menschenwürde immanent, vom Menschen selbst her zu begründen, münden letztlich in Bedingtheit, in Relativierung. Mit der Überzeugung von der Gottebenbildlichkeit des Menschen wird Menschenwürde nicht relativierbar, wird sie zur unbedingten, unverfügbaren Voraussetzung menschlicher Existenz, menschlichen Zusammenlebens. Für Bestimmung und Begründung von Menschenwürde in unserer Verfassungsordnung sind die Positionen Immanuel Kants besonders bedeutsam geworden. Kant zeigt, dass Menschenwürde nur dann unbedingt ist, wenn wir sie als vorgegeben sehen. Er entwickelt das, vom Begriff des Wertes ausgehend, in einem für uns heute sehr aktuellen Zusammenhang: Kant stellt den Preis als den endlichen, relativen, quantitativ abschätzbaren und

Alle Versuche der Philosophie, Menschenwürde immanent, vom Menschen selbst her zu begründen, münden letztlich in Bedingtheit, in Relativierung.

austauschbaren Wert einer Sache und die Würde als den unendlichen, absoluten, inkommensurablen und unersetzbaren Wert der Person gegenüber.

Der Politikwissenschaftler – Wolfgang Bergsdorf: Die christliche Botschaft der Unmittelbarkeit jedes Menschen zu Gott begründet die innerweltliche Autonomie des Menschen, seine Freiheit zur Selbstbestimmung, seine Gewissensfreiheit. Die Säkularität des Staates, also sein Verzicht auf transzendente Kompetenz, ist damit kein historischer Zufall, sondern logische Konsequenz des christlichen Menschenbildes. Religionsfreiheit als Absage an die Totalität des Politischen ist eine christliche Leitidee für die Politik – auch wenn sie erst nach fast zweitausend Jahren die gesicherte Form einer staatlich garantierten Rechtsordnung erreicht hat. Heute müssen die christlichen Kirchen damit zurecht kommen, dass die durch die christliche Botschaft begründete liberale Demokratie und pluralistische Gesellschaft zugleich die Prägekräft der Kirchen für die Alltagswirklichkeit der Menschen schwächt. Christliche Positionen in das Spannungsfeld von Gesellschaft und Politik einzubringen, wird nur gelingen, wenn Christen das Paulus-Wort beherzigen: ‚Ich glaube, darum rede ich‘ (2. Kor. 4, 13).

Der Soziologe – Hans Braun: Unmittelbarkeit des Menschen zu Gott – das bedeutet Freiheit als Autonomie, als Selbstbestimmung. Christliche Botschaft verweist den Menschen zugleich auf den Nächsten, auf die Bindung an die Mitmenschen, auf Gesellschaftlichkeit. Wechselseitige Abhängigkeit ist gesellschaftliche Tatsache; Solidarität ist christliche Forderung. In vielfältigen Formen familiären Beistandes, ehrenamtlichem Engagement und Spendenbereitschaft zeigt sich ein hohes Maß praktizierter Solidarität. Freiwilliger Beistand indessen ist für die Adressaten kaum kalkulierbar. Zur Ermöglichung von Freiheit gehört ein verlässliches Maß an Existenzsicherheit durch sozialstaatlich organisierte Solidarität. Diese Organisation allerdings enthält strukturelle Probleme: a) die Anonymität der Systeme, damit die Neigung zu Abgabevermeidung und ungerechtfertigten Ansprüchen, b) die Verschiebung von Lasten auf künftige Generationen, c) die freiheitsfeindliche Mentalität grundsätzlicher staatlicher Zuständigkeit. Aus der christlichen Sicht des Menschen als Einheit von Personalität und Sozialität folgt die Einheit von Subsidiarität und Solidarität. In der wechselseitigen Begründung und Begrenzung dieser sozial-ethischen Grundsätze liegt die Chance für

eine auf den Zusammenhang von Freiheit und Verantwortung ausgerichtete Gestaltung des Sozialstaats.

Der Ökonom – Werner Zohnhöfer: Äußern sich im Satz vom Reichen und dem Nadelöhr, in der Vertreibung der Händler aus dem Tempel grundsätzliche Wirtschaftsfeindlichkeit des Christentums? Der Satz sagt, dass es Wichtigeres gibt ‚jenseits von Angebot und Nachfrage‘. In der Tempelaktion kommt jene Unterscheidung von Preis und Würde zum Ausdruck, auf die Kant Menschenwürde als Selbstzweckhaftigkeit des Menschen gründet. Luther wendet sich mit „Von Kaufhan-

bereitete vor, was nach dem Krieg als Soziale Marktwirtschaft eingeführt wurde.

Der Psychotherapeut – Bernd Sprenger: Seelische Grundlage menschlicher Freiheit ist psychische Gesundheit. Grundlage psychischer Gesundheit ist eine gelungene frühkindliche Beziehung zu den primären Bezugspersonen (i. d. R. der Mutter) als Basis späterer Beziehungsfähigkeit. Christentum ist eine „Beziehungsreligion“: die Beziehung zu Gott und der Umgang mit dem Mitmenschen, dem „Nächsten“ stehen immer im Mittelpunkt. Aus der Bindungsforschung wissen wir: wer sich beziehen kann, ist frei, autonom zu sein – die Paradoxie der Beziehungsfähigkeit; andersherum for-



v.l.n.r.: Thomas Rachel, Roman Herzog, Georg Gölder (Landesminister a.D.) und Wolfgang Reeder

del und Wucher“ nicht gegen wirtschaftliche Freiheit, sondern gegen ihren Missbrauch. Wenn Luther mahnt, eine Ware nicht teurer zu verkaufen als recht und billig ist, ist zu fragen, ob wir uns auf moralische Appelle beschränken, oder ob wir die Position des Käufers institutionell absichern. So wie Solidarität sozialstaatlich zu sichern ist, so ist Interessenausgleich zwischen Leistungserbringer und Leistungsempfänger institutionell abzusichern: durch eine Wettbewerbsordnung. Eine Freiheit sichernde wirtschaftliche Ordnung ist notwendige staatliche Aufgabe. So haben das Theologen und christliche Sozialwissenschaftler verstanden und formuliert, die sich seit 1938 im Freiburger Kreis sammelten mit engen Beziehungen zur Bekennenden Kirche, zu Widerstandsgruppen. Dieser christlich geprägte Kreis

muliert: wer autonom sein kann, kann Beziehungen eingehen. Das Symbol des Kreuzes bildet zwei existentielle Beziehungsdimensionen menschlichen Seins in der Welt ab: die horizontale Dimension: die Beziehung zum Mitmenschen. Und die vertikale Dimension: die Beziehung zu Gott. Durch diese Sicht des Christentums auf das existentielle Kreuz von Beziehungen, in denen der Mensch steht, beschreibt es genau die Grundlagen menschlicher Freiheit: sie erwächst aus der gelebten Beziehung zu anderen Menschen und zu Gott.

Der Pädagoge – Heinz-Werner Wollersheim: Freiheit in der Einheit von Individualität und Sozialität, Freiheit in der Einheit von Ichstärke und Beziehungsfähigkeit – sind damit auch Parallelen der Entwicklung von Christentum und Bildung



benannt? Bildung ist keine christliche Errungenschaft. Die dem Auftrag „Lehret alle Völker“ folgende Verkündigung ist als nicht anwendungs-, sondern persönlichkeitsorientierte Bildung, unabhängig vom sozialen Stand, zu sehen. Und in der mittelalterlichen Formulierung eines Kanons weltlichen und geistlichen Wissens wurden Bildung und Bekenntnis zur Einheit. Mit der Verbindung von Bildung und Erziehung konnte der Traum der Erziehung zum totalitären Albtraum für die Freiheit werden: wenn Bildung und Erziehung nicht auf Entwicklung der individuellen Persönlichkeit ausgerichtet wurden, sondern auf ein vorgegebenes Menschenbild. Freiheit als Voraussetzung von Bildung und Erziehung bedeutet Unverfügbarkeit des einzelnen Kindes und Jugendlichen. Auftrag von Bildung und Erziehung ist es, Freiheit zu ermöglichen und auszuhalten in Hinsicht a) auf die eigenen Werthaltungen und Überzeugungen, b) auf Entscheidungsfreiheit und Entscheidungsnot der Kinder und Jugendlichen.

Der Historiker – Karl-Heinz Ohlig: Können wir die fast zweitausend Jahre seit Erhebung des Christentums zur Staatsreligion tatsächlich als Freiheitsgeschichte verstehen? Dem widerspricht ein Übermaß an institutionellen Fehlentwicklungen und brutalen Machtansprüchen in der Geschichte der Kirchen. Doch gegen Machtpolitik und Unterdrückung gab es immer auch Widerstand. Und dieser Widerstand gründete sich auf die Botschaft, die Paulus im Galaterbrief so benennt: „Zur Freiheit hat uns Christus befreit! So steht nun fest und lasst euch nicht wieder das Joch der Knechtschaft auflegen!“ Die Geschichte

des Christentums ist die Geschichte eines Klärungs- und Befreiungsprozesses – hin zur Konzentration auf die grundlegende Botschaft. Der Verzicht auf die Allzuständigkeit von Religion und ihrer Repräsentanten mag durch die Entwicklung erzwungen sein, ist aber grundsätzlich wohltuend, insofern er Religion für ihre eigentliche Aufgabe, die Sinnfrage zu klären, freimacht und andererseits ein selbstbestimmtes Leben und Denken ermöglicht. Religiöse Partialität sowie gesellschaftliche und individuelle Autonomie entsprechen einander.

Der Evangelische Theologe – Martin Honecker: Theologische Weltdeutung heute achtet die relative Eigenständigkeit von Welt, Gesellschaft, Staat. Mit dieser Anerkennung wendet sie sich zugleich gegen Verabsolutierungen, gegen Totalitätsansprüche gesellschaftlicher Vorstellungen. Theologische Weltdeutung ist immer auch ideologiekritisch. Die religionskritische Behauptung eines Gegensatzes von Vernunft und Glaube ist überholt. Vernunft und Glaube sind in ähnlicher Weise pluralistisch, theologischer Pluralismus ist Faktum wie gesellschaftlicher Pluralismus. Auch innerkirchlicher Pluralismus ist konfliktträchtig. Hier wie dort bedarf es a) der Verständigung auf unverzichtbare Gemeinsamkeiten, b) des Dialoges als Streit um das Richtige dort, um das Wahre hier. Solcher Streit kann allein in Offenheit und Freiheit geführt werden. Protestantisches Eintreten für Verkündigungsfreiheit, für die öffentliche Ausübung von

Freiheitliche Demokratie bleibt verwiesen auf ihre christlichen Wurzeln, auch wenn sie in sich die Tendenz trägt, sich von diesen christlichen Wurzeln unabhängig zu machen.

Religionsfreiheit berührt und trifft sich hier mit Grundforderungen der Menschenrechte, vor allem mit der Meinungsfreiheit. Gerade in der Besinnung auf evangelische, urprotestantische Anliegen entdecken Protestanten ihre eigene Verantwortung für die Gesellschaft. So leisten sie überdies einen Beitrag zu Entstehung und Erhaltung von Zivilgesellschaft.

Der Katholische Theologe – William J. Hoya: Verantwortung im Zusammenhang von Meinungsfreiheit bedeutet Antwort geben, zum eigenen Handeln. Wem? Dem eigenen Gewissen? So zentral Gewissensfreiheit für die Menschenrechte ist – auch Kant verbindet das moralische Gesetz in uns mit dem gestirnten Himmel über uns. Nur die Verantwortung vor Gott bewahrt uns davor, eine Verantwortung für die Welt zu beanspruchen, mit der wir unsere Zuständigkeit entgrenzen, jede unserer Positionen moralisieren, damit zu verabsolutieren. Freiheitliche Demokratie bleibt deshalb verwiesen auf ihre christlichen Wurzeln, auch wenn sie in sich die Tendenz trägt, sich von diesen christlichen Wurzeln unabhängig zu machen. Christliche Gedanken haben selbst ihre eigene Aufhebung in die Wege geleitet, in dem sie sich seit der Scholastik als Philosophie verselbständigt haben. Wollen wir

Demokratie von ihren christlichen Wurzeln lösen – worauf gründen wir sie dann, wenn wir sie vor Formalismus, Relativismus, Legitimitätsverlust bewahren wollen? Die Seele der Demokratie ist unantastbar, solange die Demokraten die Kraft haben, ihren Glauben an Menschenwürde, Verantwortung und Wahrheit lebendig zu erhalten. Die **Staatssekretärin – Julia Klöckner MdB:** „Menschenwürde, Verantwortung, Wahrheit – und: gegenseitige Achtung und Wertschätzung, Schutz des Lebens, Gemeinschaft, Zuversicht, Nächstenliebe – was ich als Auftrag meines politischen Engagements sehe, gründet in meinem Glauben als Christin. Ethik richtet sich an das Gewissen, Politik an die Vernunft – heißt es. Trotzdem: Politik kommt meiner Meinung nicht ohne Ethik aus. Politische Entscheidungen brauchen einen Kompass, ein Gerüst und Leitlinien, nach denen sie sich richten. Ethik soll diese Richtschnur für das Gute sein. Dabei lässt es sich wahrlich streiten, was gut ist. Während die einen die Gewinnung von embryonalen Stammzellen als ethischen Forschungsauftrag zur Krankheitsbekämpfung verstehen, lehnen die anderen die Tötung von Embryonen

– ganz gleich zu welchem Zweck – ab; ich auch. Das christliche Verständnis vom Menschen hilft mir bei der Beantwortung vieler Fragen, vor allem bei der Frage: Dürfen wir all das tun, was wir können? Auf das christliche Bekenntnis gegründete Ethik setzt menschlichem Handeln Grenzen. Und das finde ich sehr vernünftig!“

Der Ministerpräsident a.D. – Dr. Günther Beckstein MdL: Christentum und demokratische Verfassung hängen untrennbar zusammen. Das bedeutet nicht, dass jeder Mensch ein christliches Fundament haben muss. Unabhängig von der Herkunft der Grundrechte aber müssen wir von jedem Einzelnen, der hier lebt, ihre Anerkennung fordern. „Vielleicht liegt die Distanz vieler Menschen gegenüber dem Christlichen in der Politik in der Furcht vor einem heute durchaus aktuellen politischen Verständnis der Religion, vor einem Wettbewerb der Gottesstaaten.“ Es ist nicht Auftrag der Politik, die Welt nach dem Evangelium zu regieren. „Zugleich dürfen wir als Politiker Solidarität und Nächstenliebe nicht nur bei Sonntagsreden im Munde führen, sondern müssen sie auch im Alltag leben.“ Und was heißt das für Entscheidungen über die Abschiebung eines abgelehnten Asylbewerbers, über einen finalen Rettungsschuss zugunsten einer Geisel, deren Leben bedroht wird? „Anweisungen für politische Einzelentscheidungen kann mir der christliche Glaube nicht geben. Er gibt mir aber ein Fundament, Entscheidungen in Verantwortung vor Gott und den Menschen zu treffen. Mein Glaube gibt mir den Mut, den es braucht, um in der von Luther bestimmten Freiheit eines Christenmenschen zu leben. Den Mut, den es braucht, um über die Gegenwart hinaus zu denken und Entscheidungen zu treffen, die auch vor unseren Kindern, Enkeln, Urenkeln verantwortbar sind. Und er gibt mir die Gewissheit, auf die Gnade Gottes bauen zu können.“

Der Bundespräsident a.D. – Roman Herzog: Der Ideenzusammenhang zwischen christlicher Weltsicht und demokratisch-rechtsstaatlich verfasstem Staat ist in zweierlei Hinsicht offenkundig: Zum einen in Hinsicht „auf den unvollkommenen, irrumbefangenen, irrenden, kurz sündigen Menschen“. Die Erkenntnis von der Fehlsamkeit des Menschen wird zum Ausgangspunkt eines ausgeklügelten Systems verfassungsrechtlicher

Vorsichtsmaßnahmen gegen den Missbrauch staatlicher Gewalt und übrigens auch gegen die Folgen staatlicher Fehlentscheidungen. Zum anderen gilt diese Verbindung in Hinsicht auf die Grundprinzipien Menschenwürde, Menschenfreiheit und Gleichheit der Menschen untereinander. „Dieser Ideenzusammenhang ist zwar durch kirchliche Unzulänglichkeiten und durch Säkularisierungsvorgänge immer wieder verschüttet und gewiss auch gelockert worden. Aufgelöst worden ist er nicht.“ Die Einsicht in die Einheit von Menschenwürde und Freiheit einerseits, menschlicher Fehlbarkeit andererseits, sollte allerdings auch vor unbedachter Übertragung unserer Grundrechtsinterpretationen bewahren. Das Grundrecht auf Freizügigkeit z.B. kann in einem Schwellenland mit hohem regionalen Einkommensgefälle zur Ausweitung von Slums mit menschenunwürdigen Lebensbedingungen führen. Das Grundrecht der Gewissensfreiheit ist der Prüfstein der gesamten Staatsauffassung. Zugleich sollte uns die Einsicht in die menschliche Fehlbarkeit davor bewahren, allzu unüberlegt mit dem Begriff der Gewissensentscheidung zu argumentieren. „Nicht jede schwierige Entscheidung ist zugleich eine Gewissensentscheidung.“ Das Grundgesetz stellt den Parlamentarier als nur seinem Gewissen verpflichtet dar. „Wieso nicht auch der Sachkenntnis? Christliche Quellen der Freiheit, das hat unser Sym-

Die Einsicht in die christlichen Quellen der Freiheit enthält den Auftrag, nicht nachzulassen, den Folgen menschlicher Fehlbarkeit und institutioneller Fehlentwicklungen entgegenzuwirken.

posicion gezeigt, sind keine interessengeleitete Behauptung von Theologen, Priestern, Pfarrern. Sie sind geistes- und sozialwissenschaftlich feststellbare Tatsachen. Dies belegen zu können, ist kein Grund für Überlegenheitsgefühle. Zumal nicht in Zeiten, in denen wir Tag für Tag von den erschreckenden Folgen eines gerade auch in kirchlichen Institutionen realisierten „besonderen Gewaltverhältnisses“ erfahren. Dieser juristischen Konstruktion weitgehend grundrechtsfreier Räume wurde erst 1972 vom Bundesverfassungsgericht ein Riegel vorgeschoben. Die Einsicht in die christlichen Quellen der Freiheit enthält den Auftrag, nicht nachzulassen, den Folgen menschlicher Fehlbarkeit und institutioneller Fehlentwicklungen entgegenzuwirken. Und: fortwährend offen Zeugnis abzulegen für die befreiende Kraft des Glaubens.

*Wolfgang Reeder
(Landesvorsitzender des EAK Rheinland-Pfalz)*

Impressum

Meinungen und Informationen

aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU

Herausgeber Thomas Rachel, Dr. Ingo Friedrich, Christine Lieberknecht, Dieter Hackler, Hans-Michael Bender, Norbert Kartmann

Redaktion Patricia Romanowsky, Christian Meißner (V. i. S. d. P.)
Klingelhoyerstraße 8, 10785 Berlin,
Tel.: 030/22070-432, Fax: 030/22070-436,
E-Mail: eak@cdu.de, www.eak-cducusu.de

Konto Commerzbank Berlin, BLZ 100 400 00,
Konto-Nr. 266 098 300

Autoren

Herrn Präsident Alois Glück
Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK)
Hochkreuzallee 246
53175 Bonn

Frau Dr. Ellen Ueberschär
Generalsekretärin des
Deutschen Evangelischen Kirchentages
Magdeburger Straße 59
36037 Fulda

Evangelisches Leserforum: Christian Meißner

Druck Druckerei Conrad

Gestaltungskonzeption/Realisation

Agentur kollundkollegen., Berlin

Fotonachweis

Titelbild, S. 3, 4+14: © 2. Ökumenischer Kirchentag; S. 5-6: © Dr. Ellen Ueberschär; S. 7: cameronpashak – © IStockphoto.de; S. 9: © Klaus Baschang; S. 10-12: © Thomas Rachel, Dr. Bernhard Felmburg, Prof. Dr. Johanna Wanka, CDU-Bundesgeschäftsstelle, Thomas Schirrmacher, Kirchenamt der EKD, Ertan Cevik, Thorsten Alsleben, Pfarrer Ralf Meister, Dr. Richard v. Weizsäcker; S. 14: © 2. Ökumenischer Kirchentag, Erzbischof Freiburg, Kirchenamt der EKD, Bayerische Landeskirche, Erzbischof München u. Freising, Horst Seehofer; S. 15 © EAK-Bundesgeschäftsstelle; S. 16 © Hartmut Steeb; S. 17-18 © EAK Rheinland-Pfalz

Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet. Ein Belegexemplar wird erbeten. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder der Herausgeber.
Papier: 100 % chlorfrei

2. Ökumenischer Kirchentag 2010

*„Er ist zwar zuvor ausersehen, ehe der Welt Grund gelegt wurde, aber offenbart am Ende der Zeiten um euretwillen, die ihr durch ihn glaubt an Gott, der ihn auferweckt hat von den Toten und ihm die Herrlichkeit gegeben, damit ihr Glaube und Hoffnung zu Gott habt.“
(2. Petr. 1,20+21)*

„Hoffen und Harren hält manchen zum Narren!“ – Dieses Sprüchlein pflegte unser alter Lehrer für Altes Testament in breitem ostpreußischem Dialekt und mit stets ironisch-sarkastischem Unterton bei allen möglichen passenden wie auch unpassenden Gelegenheiten zu rezitieren. Ich nehme an, dass auch er in seinem Herzen dennoch etwas von der großen Hoffnungskraft des christlichen Glaubens bewahrt haben wird, obwohl man es ihm äußerlich – seiner Haltung und seinem Auftreten zufolge – jedenfalls beim besten Willen nicht abzuspüren vermochte. Solche Christenmenschen gibt es ja leider viele. Man hat bei ihnen immer das mulmige Gefühl, dass Freude und Hoffnung gerade da anzutreffen sind, wo sie mal eben nicht sind. Eigentlich doch traurig, oder?

„Die Christen müssten mir erlöster aussehen. Bessere Lieder müssten sie mir singen, wenn ich an ihren Erlöser glauben sollte“ – diesen bösen Vorwurf Friedrich Nietzsches sollten wir immer wieder ernst nehmen. Der 1. Petrusbrief, aus dem das Kirchentagsmotto stammt, macht unmissverständlich klar, dass wir in Christus den wirklichen und tragenden Grund unserer Lebenshoffnung haben. Nichts anderes als dies gilt es in der österlichen Freudenzeit zu bedenken, zu feiern und zu leben. Hoffentlich auch wieder auf dem Kirchentag. Und hoffentlich auch einladend für diejenigen, denen dieser Glaube bisher verschlossen geblieben ist.

Christian Meißner

Bundesgeschäftsführer des EAK der CDU/CSU

